

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0211-7770-2373

Sozialgericht Düsseldorf
39.Kammer
S 39 P 231/12

Ludwig-Erhard-Allee 21
40227 Düsseldorf

12.März 2017

Aktenzeichen **S 39 P 231/12**

DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. Hauptverwaltung (Kläger,
Versicherungsträger, Beklagter wegen Zerschlagung 4)
gegen
Albin L. Ockl (Beklagter, Versicherungsnehmer, Opfer politisch motivierter
Zerschlagungen)

**Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf
Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben**
bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs
des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut

Hier: Stellungnahme über den Stand juristischer Anstrengungen zur Erreichung
des grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs seit 2010,
aktuell zur Teilnahme an der mündlichen Verhandlung
gemäß Terminmitteilung vom 16.02.2017 (eingegangen am 17.02.2017)

Stellungnahme (mit fortlaufender Nummerierung):

30. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

**Stand März 2017: Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff gegen deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte mit ständiger Versagung des grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld, für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut, für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtsschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod**

31. Wie in einer Bananenrepublik: Scherbenhaufen einer rechtsbeugenden, Menschenrechte verachtenden Justiz am Amtsgericht Mettmann nach rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing) Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.

Rechtsbeugung mit Unterdrückung beantragter Rechtsmittel: Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung ohne Zulassung eines beantragten Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung der Rechtsbeugung

Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen

„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenannten Rechtsstaat:

Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.

Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat: Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsorientierten Mittelstand unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung

Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):

Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe, mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt, mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates

Daher:

Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der klagenden DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen zu Schadenersatz und Rehabilitierung wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut

33. Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010

**2008: Verlustreicher Rückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung (Versicherungssumme 61.000 EUR), um monatliche Beiträge der Pflichtversicherungen weiter bezahlen zu können (Anlage DEBEKA-05)
1968-2010: Premium-Krankenversicherung bei DEBEKA mit stattlichen Einzahlungsraten des Opfers bis 2010**

Zerschlagung ist Zielsetzung, um neue Einnahmen generieren zu können.

Daher:

Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Seit 2011: Rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit Versagung von rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut (Mitwirkung der DEBEKA als Zeuge)

17.Juni 2014: Eskalation der OWi-Verfahren zu Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten

29.Dez.2016: Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert rechtsbeugendes Urteil, um dafür Rechtskraft zu definieren

02.März 2017: Obergerichtsvollzieher der DEBEKA terminiert Zwangsvollstreckung wegen Krankenversicherung in nicht nachvollziehbarer Höhe ohne Ankündigung durch DEBEKA

22.März 2017: Verhandlung beim Sozialgericht Düsseldorf, mit oder ohne Anwesenheit des Opfers, gegen eine Versicherung, die nur Einnahmen generieren möchte und sich jetzt mit Zwangsmassnahmen an der finalen Zerschlagung des Opfers beteiligt

Daher Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren mit voller anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung der Beiträge

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich in der Internet-Cloud einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

Zu 30. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

**Stand März 2017: Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff gegen deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte mit ständiger Versagung des grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld, für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut, für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtsschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod**

Der Betroffene ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:

Beklagt wird Sippenzerschlagung unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2) und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3) und unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger) (Zerschlagung 4)

Die dadurch verursachte, vom Opfer unverschuldete, staatliche erzwungene Altersarmut wird von deutscher Justiz mit diskriminierender und diffamierender Anhörungsresidenz, mit rechtsbeugender Justiz und mit grundgesetzwidriger Versagung von rechtlichem Gehör für schwerste staatliche Übergriffe mit Missbrauch von Staatsgewalt immer wieder gnadenlos ausgenutzt. Hinzu kommen Zwangsmassnahmen der klagenden Versicherung, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt (Zerschlagung 4, neu) und offensichtlich mit Zwangsmassnahmen an der Zerschlagung teilnehmen möchte.

Politisch motivierte Zerschlagungen sind ein **Frontalangriff** auf das deutsche Grundgesetz und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)

Zerschlagung 1: Gigantische Umverteilungsoperation der deutschen Bundesregierung mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers:

Erzwingung mit dem

Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit diskriminierender und diffamierender Anhörungsresidenz (Versagung jeglichen Gehörs) zu allen Anschreibern wegen verheerender Folgewirkungen ohne Chance für das Opfer

trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland

Sieh Anlage BVG-01

Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1 (1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl.Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zur Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1 mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Politisch motivierte Zerschlagung 1 in Deutschland und staatliche Ignoranz entscheidungsrelevanter Beweisunterlagen

Unterdrückung und diskriminierende Ignoranz entscheidungsrelevanter Beweisunterlagen,

von qualifiziertem, ordnerweise vorgelegtem Beweismaterial aus dem Congressmesse-Archiv des Opfers in den Beweisordnern 0, 1, 2, 3, 4 und aus separater Beilage der ISBN-nummerierten Congressbände der ONLINE 2000 als Muster des professionellen Verlagsservice für die jährlichen Europäischen Congressmessen, das ist

staatliche Diskriminierung der schlimmsten Kategorie

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Zerschlagung 2: Politisch motivierte und heimtückisch ausgeführte Zerschlagung seines Bruders mit einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod am 06.07.2012 im Landkreis Tirschenreuth / Bayern

nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden:

- ⊗ Wirtschaftlicher Ruin seines verstorbenen Bruders,
- ⊗ Zerstörung seines Bäckereibetriebs mit Qualitätsprodukten,
- ⊗ Wasser-Turbinentriebwerk in Verrostungsstillstand versetzt
- ⊗ Zwangsräumung und Beseitigung des gesamten Damwild-Geheges, obwohl dies durch BGH-Urteil noch in 2012 abgewiesen wurde
- ⊗ Unbewältigte NSDAP-Vergangenheit mit Schlüsselbedeutung für Treib- und Hetzjagd hat das 2.Todesopfer gefordert: (1. Todesopfer: Vater des Klägers, 2.Todesopfer: Bruder des Klägers)
- ⊗ Manipulation von Grundstücksrechten mit NS-Dokumenten aus 1943, aus einer Zeit mit Ausnahmezustand, Weltkriegszustand, unter der direkten Verantwortung von NSDAP-Parteimitgliedern (Väter der beschuldigten Haupträdelsführer) zur Errichtung einer Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes auf seinem Hofgrundstück
- ⊗ Ruinöse Schädigung des Lebensmittelbetriebs mit Qualitätsprodukten durch Katastrophen-Pumpwerksanlage eines Fäkalienabwassernetzes auf dem Hofgrundstück des Verstorbenen,
- ⊗ Bestialisch stinkende Störfälle von stunden- und tagelanger Dauer mit Umwelt vergiftenden Emissionen des Fäkalien-Abwassernetzes in 5m-Entfernung vom Lebensmittelbetrieb des verstorbenen Klägers,
- ⊗ Verseuchung von Grund, Boden, Umfeld und Räume des Lebensmittelbetriebs durch Emissionen und kontaminiertes Hochwasser

- ⊗ Missbrauch von Staatsgewalt, Lebensmittelrecht, Strafrecht, Tierschutzrecht und v.a.m.
in einer über 20 Jahre dauernden Treib- und Hetzjagd auf den Verstorbenen mit ständigen Gerichtsverfahren, mit parallelen Gerichtsverfahren, mit Verwaltungsschikanen, mit Zwangsgeldbescheiden usw.
- ⊗ Finale Zerschlagung mit einer 8-Personen-Task-Force zur Betriebsschließung einer kleinen, qualifizierten Dorfbäckerei mit weniger Mitarbeiter(innen) als Spezialisten der exekutierenden Task Force
- ⊗ Finale Zerschlagung mit Schaden maximierenden Maßnahmen, obwohl keine Gesundheitsgefährdung durch Qualitäts-Bäckereiprodukte bestanden hat
- ⊗ Massive Verletzung der Grundrechte des Verstorbenen am laufenden Bande durch ständige Verwaltungsübergrieffe einer Schreckensverwaltung
- ⊗ Massive Verstöße gegen Europäische Menschenrechtskonvention Artikel 6 (Recht auf ein faires Verfahren),
- ⊗ Vernichtung des Stammsitzes eines alteingesessenen Müllergeschlechts, deren Stammbaum bis in das 17. Jahrhundert (30-jähriger Krieg) dokumentiert ist,
- ⊗ Finaler Vernichtungsschlag mit einer 8-Personen-Task-Force (O-Ton des exekutierenden Landratsamtes) in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd des Verstorbenen
- ⊗ Freitod des Verstorbenen im Juli 2012, der mit einer Menschenrechte verachtenden Treibjagd durch die Verwaltung eiskalt erzwungen wurde
- ⊗ Beschädigung der Erbschaft in einer Weise, sodass der klagende Erbe nur noch Nachlass-Insolvenz anmelden konnte
- ⊗ Judikative Rechtsbeugung durch Unterdrückung von Schlüsseldokumenten und Verweigerung der Berufung in den verwaltungsgerichtlichen Verfahren zur Verdeckung der Rechtsbeugung
- ⊗ Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Behörden mit Zwangsmassnahmen und rechtswidrige Behördenbescheide in NRW (2016)

Sieh Anlage BVG-02

Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2

(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl.Beweisunterlagen in 2 Ordnern)

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer

mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,

2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,

Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,

nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,

nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,

nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung

seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,

vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

Verfassungsbeschwerde

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

Zerschlagung 3: Politisch motivierte und heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des klagenden Opfers unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Gigantische Umverteilungsoperation durch heimtückisch geplante, rechtswidrige
Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit einem Monster-Markteingriff
Massiver Verstoß gegen das Telekommunikationsgesetz (TKG):

Mitwisserschaft und Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch
Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß
gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht)

Ohne Übertragungsrechte: Live-Übertragung durch PHOENIX (Ereignis- und
Dokumentationskanal der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten) von der
Europäischen Congressmesse ONLINE'98 des klagenden Opfers.

Mit Live-Übertragung professionelle Informationsdienste des Opfers für
gigantische Umverteilungsoperation mit dem Monster-Markteingriff der
staatlichen UMTS-Auktion 2000 rechtswidrig vorbereitet und ausgenutzt:

Schadensabschätzung über 100.000 DM

Opfer musste seine „Henker“, das steuer- und gebührenfinanzierte
Establishment, umsonst mit hochqualifizierten Informationen unter dem
Deckmantel des Pressearbeit versorgen, sozusagen „sein eigenes Grab
schaufeln“.

Offensichtliche Erklärungsnot der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten: Bis
heute keine Beantwortung zahlloser Schreiben des Opfers politisch motivierter
Zerschlagungen an Intendanten und ARD-Vorsitzenden

Aufforderung an den beklagten WDR zur längst fälligen Stellungnahme

Klage auf sofortige Härteleistung, Gebührenerlass, Rückerstattung von Zwangsmassnahmen mit doppelten Zwangskosten, Schadenersatz und Rehabilitierung

wegen Medienrecht, Rundfunkrecht und Telekommunikationsrecht

wegen unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage

infolge politisch motivierter, extremistischer staatlicher Übergriffe

rechtshängig mit Antrag auf Berufungsverfahren

Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13

Nach Verfassungsbeschwerde vom 18.08.2016

wegen Verstoß gegen das grundrechtsgleiche Recht auf rechtliches Gehör nach
Art. 103 Abs.1 GG (AR 5737/16 rechtshängig)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

und Antrag vom 30.Okt. 2016 auf Zulassung der Berufung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch4.pdf>

Zu 31. Wie in einer Bananenrepublik: Scherbenhaufen einer rechtsbeugenden, Menschenrechte verachtenden Justiz am Amtsgericht Mettmann nach rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing) Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.
Rechtsbeugung mit Unterdrückung beantragter Rechtsmittel: Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung ohne Zulassung eines beantragten Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung der Rechtsbeugung
Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen
„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenannten Rechtsstaat: Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.
Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

Sieh Anlage STA-03

Anhörungsrüge vom 25.Feb.2017 zum Scherbenhaufen rechtsbeugender Justiz an das Amtsgericht Mettmann wegen Zerschlagung 4 (neu)

und in Kopie an

das Landgericht Wuppertal und Staatsanwaltschaft Wuppertal
(33 OWi-723 Js 331/16-39/16, 39 Seiten)

wegen strafbarer Rechtsbeugung im nachgelieferten Urteil des Hauptverfahrens vom 10.Aug.2016 (Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung infolge staatlich erzwungener Altersarmut)

mit einem diskriminierenden und diffamierenden Sammelsurium von Unwahrheiten und Halbwahrheiten (aus dem Kontext gerissen)

mit Versagung von rechtlichem Gehör zu beantragten Berufungsverfahren und zu sofortigen Beschwerden,

nach Versagung von rechtlichem Gehör zu

unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage infolge politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagungen des Verurteilten,

im Zuge einer gigantischen Umverteilungsoperation nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung und Diffamierung (Zerschlagung 1)

Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders, mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, mit krimineller Rechtsbeugung bayerischer Verwaltungsjustiz vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

nach schikanierenden, rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 am Amtsgericht Mettmann mit eskalierenden Verstößen gegen internationale Menschenrechte:

Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 109)

nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16) vom 14.Feb.2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu psychischer Zerschlagung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

Die Anhörungsrüge vom 25.Feb.2017 zum Scherbenhaufen rechtsbeugender Justiz an das Amtsgericht Mettmann wegen Zerschlagung 4 (neu), strafbar in voller Höhe gemäß §339 StGB, weil Nichtzulassung von Berufung und sofortigen Beschwerden, umfasst folgende Kapitel:

Kapitel 90. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe (Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3), Eskalation zu Sippenzerschlagung und zu massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör für Staatsschuld, Staatshaftung für erzwungene Altersarmut, für Schadenersatz und Rehabilitation, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtsschaffener Bürger bis in den Tod

Kapitel 91. Katastrophale Sachkenntnisse und Darstellungen der Staatsanwaltschaft und des Gerichtes zu den politisch motivierten Zerschlagungen nicht vom Opfer verschuldet
Vom Gericht zu verantworten:
Diskriminierende und diffamierende Darstellung der Vorgänge im beigefügten Urteil der Hauptverhandlung vom 10.08.2016, sodass eine Rechtsbeschwerde mit Unterdrückung von Sachargumenten überhaupt nicht möglich war
Daher Rechtsmittel der Berufung wegen rechtswidriger, schikanierender Ordnungswidrigkeitsverfahren unter Vortäuschung von Verkehrsordnungswidrigkeiten seit 2011 für Eskalation staatlicher Übergriffe mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte in 2014

Kapitel 92. Skandalöse Rechtsbeugung (vorsätzlich falsche Anwendung des Rechts zum Nachteil des verurteilten Opfers)
Beschluss des Oberlandesgerichts Düsseldorf IV-3 RBs 196/16 (723 Js 331 /16 StA Wuppertal) vom 28.12.2016 (eingegangen am 30.12.2016) mit Schreiben vom 02.01.2017 zurückgewiesen, weil eine Rechtsbeschwerde nicht möglich war und nicht stattgefunden hat
Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 vorzutäuschen mit krimineller Unterdrückung des Schreibens vom 02.01.2017 über eine nicht existente Rechtsbeschwerde
Vorgetäuschte Rechtskraft mit Manipulationsvermerk auf einem Urteil mit Rechtsbeugung ist strafbar. Das Urteil, der Manipulationsvermerk und jede Kostenrechnung wird vom Opfer der Rechtsbeugungsjustiz zurückgewiesen.

Kapitel 93. Besonders diskriminierende Auswüchse mit Unwahrheiten und Halbwahrheiten im Urteil mit strafbarer Rechtsbeugung vom 10.08.2016:

- „ auch Messeauftritte geplant “ (1)
- „ Pflegepflichtversicherung Kündigung liegt nicht vor..“ (2)
- „ Krankenversicherung auf Notlagentarif umgestellt “ (3)
- „ irreversible Zerschlagung seines Bruders “ (4)
- „ seit 2010 in erzwungener Altersarmut “ (5)
- „ sehr erfolgreich in der IT- und Telekommunikationsbranche tätig “ (6)
- „ zur Höhe der Rente befragt antwortete er, dass er diese für seine Prozesse benötigte “ (7)
- „ sein Vorbringen zu einer erzwungenen Altersarmut hat er nicht konkretisieren können “ (8)
- „ möglich, ein Büro zu unterhalten, um Prozesse zu führen “ (9)
- „ Geldbuße von 180,00 € “ (10)

Anhörungsrüge als letztes Rechtsmittel, Abhilfe zu erreichen

Zurückweisung der besonders diskriminierenden Auswüchse von Unwahrheiten und Halbwahrheiten: Sieh Kapitel 93 in Anlage STA-03.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 109)

Zu 32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat: Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsorientierten Mittelstand unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung

Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):

Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe, mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt, mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates

Daher:

Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der klagenden DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und mit Zwangsmassnahmen auch zerschlagen will, mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen zu Schadenersatz und Rehabilitation wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenerschlagung mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut

Die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf hat nach der rechtsbeugenden Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung am Amtsgericht Mettmann (Anlage STA-03) mündliche Verhandlung zur Pflegeversicherung festgelegt. Pflegeversicherung und Krankenversicherung sind soziale Pflichtversicherungen, zu denen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen bis zur Auflösung aller, einstmals ansehnlichen Altersrücklagen in 2010 regelmäßig die monatlichen Beiträge entrichtet hat.

Der Vorgeladene hat keine Krankenversicherung mehr seit 2010

aufgrund der staatlich erzwungenen Altersarmut. Die 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal hat mit einem künstlichem Teilversäumnisurteil (7 O 314/12) vom 16.04.2015 rechtliches Gehör zu der staatlich erzwungenen Altersarmut versagt. Dagegen hat der Vorgeladene termingerecht mit einer ausführlichen Begründung im Schriftsatz vom 26.05.2015 das Rechtsmittel der Berufung beantragt, den Antrag durch alle Instanzen vorgetragen und letztlich das Bundesverfassungsgericht wegen Unterdrückung von rechtlichem Gehör mit der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 928/16 vom 11.Jan.2016 angerufen:

Nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-3.pdf>

Scroll down after link (page 56)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf>

Unerträglich ist der Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe für ein künstliches Teilversäumnisurteil zum Zwecke der Unterdrückung rechtlichen Gehörs für die kausalen Zusammenhänge insbesondere mit der bundespolitisch motivierten Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (Zerschlagung 1).

Dieses künstliche Teilversäumnisurteil zum Zwecke der Unterdrückung rechtlichen Gehörs ist eher als absichtliche, strafbare Rechtsbeugung

zu bewerten, weil sich das ahnungslose Opfer gegen eine hinterlistige Verfahrensstrategie im Widerspruch zum Recht auf ein faires Verfahren (Europäische Menschenrechtskonvention Art.6) nicht einmal wehren konnte. Das Berufungsverfahren wird bis heute verweigert.

Das künstliche Teilversäumnisurteil (7 O 314/12) vom 16.04.2015 mit Unterdrückung von rechtlichem Gehör zu der staatlich erzwungenen Altersarmut ist **verfassungswidrig**, weil ein massiver Verstoß gegen das grundrechtsgleiche Recht auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG und gegen Europäische Menschenrechte (EMRK Art.6) vorliegt.

Der Kläger (DEBEKA), der über alle Vorgänge ausführlich informiert ist, der zur rechtsbeugenden Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung am Amtsgericht Mettmann als Zeuge mitgewirkt hat,

betreibt nun Zwangsmaßnahmen aus dem verfassungswidrigen Urteil (7 O 314/12) gegen das Opfer,

dem rechtliches Gehör versagt und unterdrückt wurde und das seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erhält.

Zerschlagung 4 unter Mitwirkung sozialer Pflichtversicherungen des Klägers ohne Versicherungsleistung seit 2010

Die vorgelegte Zwangsmassnahme des Klägers zeigt deutlich, dass der Kläger, der seit 2010 keine Versicherungsleistung mehr erbringt, nur noch zerschlagen möchte, um letzte Einnahmen aus den Überresten eines zerschlagenen Opfers generieren zu können.

Sieh Anlage OVG-04

Zurückgewiesene Zwangsvollstreckungsmassnahme DR II 0239/17 der klagenden DEBEKA aus einem verfassungswidrigen künstlichen Teilversäumnisurteil infolge Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe mit Versagung eines Berufungsantrags und mit Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (1 BvR 928/16)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf>

Zu 33. Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010

2008: Verlustreicher Rückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung (Versicherungssumme 61.000 EUR), um monatliche Beiträge der Pflichtversicherungen weiter bezahlen zu können (Anlage DEBEKA-05)

1968-2010: Premium-Krankenversicherung bei DEBEKA mit stattlichen Einzahlungsraten des Opfers bis 2010

Zerschlagung ist Zielsetzung, um neue Einnahmen generieren zu können.

Daher:

Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Seit 2011: Rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit Versagung von rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut (Mitwirkung der DEBEKA als Zeuge)

17.Juni 2014: Eskalation der OWi-Verfahren zu Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten

29.Dez.2016: Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert rechtsbeugendes Urteil, um dafür Rechtskraft zu definieren

02.März 2017: Obergerichtsvollzieher der DEBEKA terminiert Zwangsvollstreckung wegen Krankenversicherung in nicht nachvollziehbarer Höhe ohne Ankündigung durch DEBEKA

22.März 2017: Verhandlung beim Sozialgericht Düsseldorf, mit oder ohne Anwesenheit des Opfers, gegen eine Versicherung, die nur Einnahmen generieren möchte und sich jetzt mit Zwangsmassnahmen an der finalen Zerschlagung des Opfers beteiligt

Daher Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren mit voller anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung der Beiträge

Dies ist nur eine grobe Übersicht über Erlebnisse, die man nicht vergißt. Es wäre nachvollziehbar, wenn endlich das grundgesetzlich zustehende rechtliche Gehör für Schadenersatz und Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagungen auch zugestanden wird und mit logischer Priorität vorgezogen wird: Sieh Zerschlagungen 1,2 und 3.

Der Vorwurf „Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010“ ist in vollem Umfang begründet, solange kein rechtliches Gehör für die Zerschlagungen 1 und 2 (sich aktuelle Verfassungsbeschwerden in Anlage BVG-01 und BVG-02) zugestanden wird.

Je schwächer dieser Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:
Ein Sozialstaat, der weiter zerschlagen will, weil Bürger durch politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe in Altersarmut gezwungen wurden und trotz erdrückender Beweislage in verfassungswidriger Weise kein rechtliches Gehör erhalten, ist ein Unrechtsstaat, der schon längst seine Glaubwürdigkeit verloren hat.

Binsenweisheit: **Vorrang** haben Gerichtsverfahren für Rehabilitierung und Schadenersatz, damit Bürger mit einem vorzeigbarem Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland, auch wieder ihre Sozialbeiträge bezahlen können.

In der Verhandlung vor der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Krankenversicherung im März 2015 mußte das Opfer dieser Versicherung erleben, wie ein schriftlich Bevollmächtigter dieser Versicherung keinerlei Ahnung hatte und ohne Unterstützung durch die vorsitzenden und beisitzenden Richter nur auf Kosten des Opfers verhandelt hätte.

Zeugin: Rechtsanwältin Grusche Insa Goldhammer, Hopfgarten
Rechtsanwälte, Ohligsmühle 11, 42103 Wuppertal

In Anbetracht dieser Ausführungen ist es nicht hinnehmbar, wenn die Anordnung an die Klägerin, einen bevollmächtigten Angestellten zu entsenden, aufgehoben wird. Sieh Schreiben des Sozialgerichts vom 26.02.2017 (eingegangen am 04.03.2017)

Daüber hinaus wird vom Beklagten beantragt, dass von der Klägerin sämtliche Zwangsmassnahmen unverzüglich eingestellt werden: Sieh **Anlage OVG-04**.

Zurückgewiesene Zwangsvollstreckungsmassnahme DR II 0239/17 der klagenden DEBEKA aus einem verfassungswidrigen künstlichen Teilversäumnisurteil infolge Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe mit Versagung eines Berufungsantrags und mit Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (1 BvR 928/16)

Der Kläger hat mit der eingeleiteten Zwangsmassnahme endgültig seine Reputation als seriöser Versicherer verloren. Anwaltliche Unterstützung ist unverzichtbar in Anbetracht der beschriebenen Vorgänge.

Der Beklagte beantragt Prozesskostenhilfe für ein rechtsstaatliches Verfahren mit voller anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Der Beklagte geht davon aus, dass

rechtliches Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut nur realistisch ist, wenn die Schadenersatzverfahren an der 2. Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal abgeschlossen sind. Bis zu diesem Zeitpunkt ist Stundung und Vollstreckungsschutz unverzichtbar. Bis heute hatte das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen keine Chance, die erzwungene Altersarmut abzuwehren.

Der Beklagte ist aufgrund der extremistischen Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 2010 gezwungen, **Pfändungsschutzkonten zu benutzen**.

Der Beklagte war gezwungen, einstmals ansehnliche Altersrücklagen aufzulösen, um verheerende Folgewirkungen der politisch motivierten Zerschlagungen zu überstehen: nur 1 Beispiel. in beiliegender **Anlage DEBEKA-05**

Beweis für verlustreichen Rückkauf einer DEBEKA-Lebensversicherung mit der Versicherungssumme von 61.000 EUR in 2008, um monatliche Kosten für soziale Pflichtversicherungen bezahlen zu können.

Der Beklagte hat bei der 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal die Fortsetzung der Schadenersatzverfahren unter Beachtung der Verfassungsbeschwerden gemäß Anlage BVG-01 und BVG-02 beantragt. Sieh Anlage LGW-06.

Dementsprechend hat der Verhandlungstermin keinen Sinn.

Der Beklagte beantragt zumindest vorläufige Verschiebung des Verhandlungstermins.

Velbert, 12.März 2017

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Albin L. Ockl'.

Albin L. Ockl

Anlagen in diesem Schriftsatz:

Anlage BVG-01

Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1

(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl.Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert) wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1 mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf, 2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf>

Verfassungsbeschwerde

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Anlage BVG-02

Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2

(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl.Beweisunterlagen in 2 Ordnern) wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf, 2 O 163/16 Landgericht Wuppertal, Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag, nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz, nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden, vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

Verfassungsbeschwerde

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

Anlage STA-03

Anhörungsrüge vom 25.Feb.2017 zum Scherbenhaufen rechtsbeugender Justiz

an das Amtsgericht Mettmann wegen Zerschlagung 4 (neu)

und in Kopie an

das Landgericht Wuppertal und Staatsanwaltschaft Wuppertal

(33 OWi-723 Js 331/16-39/16, 39 Seiten)

wegen strafbarer Rechtsbeugung im nachgelieferten Urteil des Hauptverfahrens vom 10.Aug.2016 (Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung infolge staatlich erzwungener Altersarmut)

mit einem diskriminierenden und diffamierenden Sammelsurium von Unwahrheiten und Halbwahrheiten (aus dem Kontext gerissen)

mit Versagung von rechtlichem Gehör zu beantragten Berufungsverfahren und zu sofortigen Beschwerden,

nach Versagung von rechtlichem Gehör zu

unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage infolge politisch motivierter,

heimtückisch ausgeführter Zerschlagungen des Verurteilten,

im Zuge einer gigantischen Umverteilungsoperation nach der staatlichen UMTS-

Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung und Diffamierung (Zerschlagung 1)

Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter und heimtückisch

ausgeführter Zerschlagung seines Bruders, mit einer Treib- und Hetzjagd bis in

den Tod, mit krimineller Rechtsbeugung bayerischer Verwaltungsjustiz vor dem

Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit kapitalen

Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

nach schikanierenden, rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011

am Amtsgericht Mettmann mit eskalierenden Verstößen gegen internationale

Menschenrechte (Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltausübung,

Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender

Rufschädigung) durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne

Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der

Kriegsgeneration von 1941

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 109)

nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16) vom 14.Feb.2016

wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu psychischer Zerschlagung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

Anlage OVG-04

Zurückgewiesene Zwangsvollstreckungsmassnahme DR II 0239/17 der

klagenden DEBEKA aus einem verfassungswidrigen künstlichen

Teilversäumnisurteil infolge Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe mit

Versagung eines Berufungsantrags und mit Verfassungsbeschwerde beim

Bundesverfassungsgericht (1 BvR 928/16)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf>

Anlage DEBEKA-05

Beweis für verlustreichen Rückkauf einer DEBEKA-Lebensversicherung mit der

Versicherungssumme von 61.000 EUR in 2008, um monatliche Kosten für soziale

Pflichtversicherungen bezahlen zu können. Bereits früher als **Anlage3**

zugesandt.

Anlage LGW-06

Antrag an die 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Fortsetzung der

Schadenersatzverfahren unter Beachtung der Verfassungsbeschwerden vom

20.Jan.2017 und 18.Feb.2017.

Folgende Anlagen wurden bis dato übergeben:

Anlage1: Dokumentation einer langjährigen Debeka-Mitgliedschaft seit 1968

Anlage2: Weitere Debeka-Versicherungen: Haftpflicht, Hausrat, Lebensversicherung

Anlage3: Verlustreicher Zwangsrückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung

Anlage4: Zurückweisung einer exorbitanten, sittenwidriger Änderung des Krankenversicherungsvertrages wegen der Forderung auf Stundung der Krankenversicherungsbeiträge

Anlage5: Periodische Bußgeldbescheide der Kreisverwaltung Mettmann auf Veranlassung durch die DEBEKA (Kläger) wegen der Forderung auf Stundung der Pflegeversicherungsbeiträge

Anlage6: Klage der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G., vertreten durch RAe Dr.Caspers, Mock & Partner (Kläger), vor dem Amtsgericht Mayen / Landgericht Wuppertal auf Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung eines Mahnbescheides des Amtsgerichtes Mayen wegen Nicht-Anerkennung der vom Beklagten begehrten Stundung der Krankenversicherungsbeiträge und zur Zahlung von involvierten Rechtskosten, in der Internet-Cloud nachlesbar:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-2.pdf>

Anlage7: Bestätigung der laufenden Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13, aktueller Stand der Verfassungsbeschwerde nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Legende.pdf>

Anlage8: Information an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland mit Schriftsatz vom 28.03.2013 über ungeheuerliche, unerträgliche Zustände
Nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Anlage9: Drei Schriftsätze vom 15.01.2013, 12.02.2013 und 11.03.2013 zur laufenden Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13
Nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Anlage10: Unterlagen zum Bußgeld-Verfahren / Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann (Blatt 1 bis 4)

Anlage11: Unterlagen zum Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal / Oberlandesgericht Düsseldorf (Blatt 1 bis 2)

Anlage12a / 12b: Schreiben als Antwort auf ständige Mahnungen mit Hinweis auf Lebensversicherung, die der Beklagte vorzeitig unter Verlust auflösen musste, um die laufenden Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung weiter bezahlen zu können

Anlage13a / 13b: Briefwechsel anlässlich der Einleitung eines bis heute andauernden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann durch den Kläger

Anlage 14: Schriftliche Fixierung des Antrags auf Stundung der Versicherungsbeiträge mit Fax vom 28.09.2011

Anlage 15: Presseinformation zu

Von Ground Zero zu Ground Zero:

Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal in Deutschland.

Rechtstaatliche Verfahren mit Rechtsprechung nach Gesetz und Recht,
höchstrichterliche Entscheidungen **bis heute verweigert.**

**Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und
steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können.**

Nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1308.pdf>

Anlage16: Freispruch des Amtsgerichtes Mettmann vom 17.07.2013 zum
Bußgeldverfahren und Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Nichtzahlung der
Beiträge zur privaten Pflegeversicherung mit Zeugenunterstützung durch den
Kläger

Anlage17: Mitteilung des Amtsgerichtes Mettmann vom 20.03.2014, dass der
Zulassungsantrag der Rechtsbeschwerde von der Staatsanwaltschaft
zurückgenommen wurde

Anlage18: Schreiben der Rechtsanwälte des Klägers vom 15.10.2013 an das
Sozialgericht Düsseldorf mit der Spitzenleistung von 2 diskriminierenden
Statements in einem 3-Zeiler

Anlage19: Informationen im Schriftsatz vom 12.05.2014 über
verwaltungsgerichtliche Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen

Anlage 20: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und
anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz
(staatliche Diskriminierung)

gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter
Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel
(Beklagte)

mit Beiladung von Kläger und Beklagten weiterer beteiligter Gerichtsverfahren

Legende des sozialgerichtlichen Verfahrens wegen beantragter Stundung
der Pflegeversicherungsbeiträge bis zur Verrechnung mit dem Rechtsanspruch
auf Schadenersatz und Rehabilitierung wegen verheerender Folgewirkungen der
UMTS-Auktion2000 und totaler Anschlussdiskriminierung

**Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der
DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf
vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)**

Zu 01. *Innovation durch Telekommunikation*

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 – 2003 sind
Beweis für erbrachte Welt-Höchstleistungen

02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-

Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen

03. "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist
Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" (Art 1 Abs.(1) GG)

Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland:

Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen. Bis
heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung.

Bundesrepublik Deutschland: Liquidierung der UMTS-Opfer durch
Zwangsmaßnahmen aussitzen

04. Notsituation des Klägers trotz langjähriger Mitgliedschaft über mehr als 45
Jahre gnadenlos ausgenutzt

05. Unerträglich für Opfer der UMTS-Auktion:

Von einem Kläger mit Geld-Hai-Manieren wie "eine Sau durchs Dorf getrieben"
mit ständig neuen Horror-Versicherungen, Bußgeldverfahren, Mahnbescheiden
und neuen Gerichtsaktionen

06. Exzessive Spitzenleistungen des klagenden Versicherungsunternehmens
gegen langjährige Versicherungsnehmer: Bußgeldbescheide,
Ordnungswidrigkeitsverfahren, Diffamierung als "UMTS-Geschichte", Geld-Hai-
Strategien anstatt Versicherungsleistungen, von Mahnbescheiden zu Prozessen
bei Landgericht und Sozialgericht

07. Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der
eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden
Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler
Diskriminierung

08. Begründung des Klägers im Widerspruch zur praktischen Anwendung seit
mehreren Jahren:

Versicherungsbeziehungen sind längst zerstört. Begründung und Verhalten des
Klägers sind absurd, widersinnig und absolut verabscheuungswürdig.

09. Beklagter stellt folgende Anträge

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 22.03.2013 mit Schriftsatz vom 08.04.2013

10. Rechtsstaatlichkeit einer Gerichtsentscheidung gemäß § 105

Sozialgerichtsgesetz: Wie denn?

11. Geschädigte / Beklagte aus der Kriegsgeneration des Jahrgangs 1941, die mit ihrem Lebenswerk Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland abgeliefert haben, werden nur problemlösende Rechtsstaatlichkeit nach Art.20 Abs.3 GG anerkennen

12. Deutscher Staat hat Verantwortung für gravierenden Missbrauch des Regulierungsrechtes

Bundesverfassungsgericht hat volle Verantwortung für Justizirrtum

13. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland informiert mit Schriftsatz vom 28.03.2013 über ungeheuerliche, unerträgliche Zustände

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.04.2013 mit Schriftsatz vom 21.05.2013

14. Unerträgliche Anhörungsresistenz des Klägers:

Zwei Sätze des Klägers in doppelter Ausfertigung zu einem Scherbenhaufen von Pflegeversicherung und Krankenversicherung

15. Kläger verstößt mindestens im vorliegenden Fall der Pflegeversicherung gegen das Grundgesetz:

Treib- und Hetzjagd mit 3 Klageverfahren gegen den Versicherungsnehmer wegen eines vom Beklagten nicht verschuldeten Tatbestandes

16. Beklagter wird mit drei Gerichtsverfahren schikaniert, erhält bis heute keine Prozesskostenhilfe, hat Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit:

Welches Gericht ist denn nun zuständig?

17. Anstatt Verstoß gegen Rechtsstaatlichkeit und gegen Grundgesetz:

Sozialgericht als Mediator für eine richtungsweisende, rechtsstaatliche Lösung?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Klägers vom 18.06.2013.2013 (eingegangen am 22.06.2013) mit Schriftsatz vom 05.07.2013

18. Kläger hat eine 7 Zeilen umfassende Positionierung abgegeben:

Unerträgliche Ignoranz zur Notsituation des Beklagten, der vom Kläger einfach nur im Stich gelassen wurde, keinerlei Beratung erhalten hat, statt dessen stets nur Zahlungsaufforderungen erhalten hat

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.07.2013 (eingegangen am 01.08.2013) mit Schriftsatz vom 20.08.2013

19. Warum hat das "Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung" (in Kraft seit 01.08.2013) für die Beklagte keinerlei Relevanz?

20. Warum ist auch ein Notlagentarif keine Lösung?

Weil den Beklagten die Zahlungsfähigkeit für den Notlagentarif weggenommen wurde

21. Staatshaftung in einem Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal:

Schadenersatz und Rehabilitation sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können

22. Ruhen des Verfahrens, Aussetzen des Verfahrens oder Stundung der Beiträge?

Bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 04.04.2014 (eingegangen am 11.04.2014) mit Schriftsatz vom 22.04.2014

23. Nullwertige und substanzlose Qualität der schriftlichen Einlassungen des Klägers:

Pure Ignoranz und Desinteresse nicht mehr zumutbar für den Beklagten

24. Kläger: „Die Sache ist aus unserer Sicht ausgeschrieben“

Beklagter:

Wahrheit mit Zulassung von Beweisen und Zeugen endlich auf den Tisch

Existenz-Grundlage mit Staatsgewalt zerstört, Altersrücklage vernichtet,

Unerträglich: Perspektive auf Liquidierung mit Zwangsabgaben

25. Nicht mehr hinnehmbar: Bewusste Rechtsanwendung ohne Berücksichtigung

verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenso wie

ständiges Desinteresse, Diskriminierung und Diffamierung wegen

verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Unverzichtbar: Rechtsstaatliches Verfahren für Rehabilitierung und

Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-

Auktion 2000 und anschließender Diskriminierung und Diffamierung unter

Verantwortung des deutschen Staates

Gericht kann umfangreiches Beweismaterial einsehen

26. Unerträglich: Weitere Diskriminierung und Diffamierung der Opfer der

staatlichen UMTS-Auktion 2000

O-Ton des Klägers: „Nicht-Leistung nur mit seiner Opferrolle begründet“

Nur „Opferrolle“: Existenz-Grundlage zerstört, Lebensleistung und Lebenswerk

mit Weltklasse-Höchstleistungen zerstört, diskriminiert und diffamiert,

Altersrücklagen vernichtet

27. Zurückweisung aller Klageforderungen

Kläger hat alleinige Verantwortung für Kosten des Rechtsstreits

Ruhen des Verfahrens bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen

Gerichtsverfahrens über Rehabilitierung und Schadenersatz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

Schriftsatz vom 12.05.2014: Information über verwaltungsgerichtliche Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen

28. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Bürger mit verminderten

Rechten deklassiert

Fortsetzung der Diskriminierung und Diffamierung an Verwaltungsgerichten in

NRW (14 A 786/14 VG Düsseldorf 5 K 4864/13)

Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen

29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am

Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz

wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und

anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz

(staatliche Diskriminierung)

gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel

(Beklagte)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Schriftsatz vom 12.März 2017 mit Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen zu Schadenersatz und Rehabilitierung

30. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Stand März 2017: Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff gegen deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld, für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut, für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtsschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

31. Wie in einer Bananenrepublik: Scherbenhaufen einer rechtsbeugenden, Menschenrechte verachtenden Justiz am Amtsgericht Mettmann nach rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing)

Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.

Rechtsbeugung mit Unterdrückung beantragter Rechtsmittel: Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung ohne Zulassung eines beantragten Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung der Rechtsbeugung

Skrupellose Staatsanwatschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen

„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenannten Rechtsstaat:
Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.

Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsoientierten Mittelstand unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung

Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):

Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe, mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt, mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates

Daher:

Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der klagenden DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen zu Schadenersatz und Rehabilitierung wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut
33. Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010
2008: Verlustreicher Rückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung (Versicherungssumme 61.000 EUR), um monatliche Beiträge der Pflichtversicherungen weiter bezahlen zu können (Anlage DEBEKA-05)
1968-2010: Premium-Krankenversicherung bei DEBEKA mit stattlichen Einzahlungsraten des Opfers bis 2010
Zerschlagung ist Zielsetzung, um neue Einnahmen generieren zu können.

Daher:

Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Seit 2011: Rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit Versagung von rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut (Mitwirkung der DEBEKA als Zeuge)
17.Juni 2014: Eskalation der OWi-Verfahren zu Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941,
Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten
29.Dez.2016: Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert rechtsbeugendes Urteil, um dafür Rechtskraft zu definieren
02.März 2017: Obergerichtsvollzieher der DEBEKA terminiert Zwangsvollstreckung wegen Krankenversicherung in nicht nachvollziehbarer Höhe ohne Ankündigung durch DEBEKA
22.März 2017: Verhandlung beim Sozialgericht Düsseldorf, mit oder ohne Anwesenheit des Opfers, gegen eine Versicherung, die nur Einnahmen generieren möchte und sich jetzt mit Zwangsmassnahmen an der finalen Zerschlagung des Opfers beteiligt
Daher Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren mit voller anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung der Beiträge

> > > Siehe oben

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0211-7770-2373

Sozialgericht Düsseldorf
39.Kammer
S 39 P 231/12

Ludwig-Erhard-Allee 21
40227 Düsseldorf

26.April 2017

Aktenzeichen **S 39 P 231/12**

DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. Hauptverwaltung (Kläger,
Versicherungsträger, Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen)
gegen
Albin L. Ockl (Beklagter, Versicherungsnehmer, Opfer politisch motivierter
Zerschlagungen)

**Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf
Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben**

bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs
des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut

Hier: Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen
am 18.04.2017)

Stellungnahme (mit fortlaufender Nummerierung):

34. Unerträgliche Heuchelei des längst mitschuldigen Klägers, mitschuldigen Mittäters an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung: Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 und paralleler Missbrauch von Staatsgewalt

Unerhört: Sechszweiler des Klägers und Mittäters als Antwort auf qualifizierten Vortrag des Klägers mit 139 Seiten und Nicht nachvollziehbare, diskriminierender Behauptung von fehlendem Sachvortrag

Unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers

35. Fachanwalt für Versicherungsrecht ist überfordert, um Verantwortung für Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen als Kläger, als Zeuge und als Vollstrecker bewerten zu können

Verantwortlich ist der Kläger, der längst mitschuldig geworden ist an den politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung, nicht der Fachanwalt, der den Kläger nicht mehr vertreten kann

Verabscheuenswert und unerträglich: Ein Weiter-so mit Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen

Zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>

Scroll down after link (page 25)

Zu 34. Unerträgliche Heuchelei des längst mitschuldigen Klägers, mitschuldigen Mittäters an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung: Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 und paralleler Missbrauch von Staatsgewalt

Unerhört: Sechszweiler des Klägers und Mittäters als

Antwort auf qualifizierten Vortrag des Klägers mit 139 Seiten und:

Nicht nachvollziehbare, diskriminierende Behauptung von fehlendem Sachvortrag

Unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers

Der Betroffene, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung, hat mit Schriftsatz vom 12. März 2017 Stellung genommen zum Stand juristischer Anstrengungen zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs seit 2010 in den Kapiteln 30 bis 33 (139 Seiten inkl. Anlagen):

Kapitel 30. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Stand März 2017: Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3

Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff gegen deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,

für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf

rechtsschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

Kapitel 31. Wie in einer Bananenrepublik: Scherbenhaufen einer rechtsbeugenden, Menschenrechte verachtenden Justiz

am Amtsgericht Mettmann nach rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing)

Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.

Rechtsbeugung mit Unterdrückung beantragter Rechtsmittel: Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung ohne Zulassung eines beantragten Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung der Rechtsbeugung

Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen

„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenannten Rechtsstaat:

Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.

Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung

nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch,

Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für

Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten,

ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit

exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

Kapitel 32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat: Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsorientierten Mittelstand unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung
Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):
Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe,
mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt,
mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates
Daher:
Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der klagenden DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut

Kapitel 33. Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010
2008: Verlustreicher Rückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung (Versicherungssumme 61.000 EUR), um monatliche Beiträge der Pflichtversicherungen weiter bezahlen zu können (Anlage DEBEKA-05)
1968-2010: Premium-Krankenversicherung bei DEBEKA mit stattlichen Einzahlungsraten des Opfers bis 2010
Zerschlagung ist Zielsetzung, um neue Einnahmen generieren zu können.
Daher:
Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Seit 2011: Rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit Versagung von rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut (Mitwirkung der DEBEKA als Zeuge)
17.Juni 2014: Eskalation der OWi-Verfahren zu Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941,
Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten
29.Dez.2016: Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert rechtsbeugendes Urteil, um dafür Rechtskraft zu definieren
02.März 2017: Obergerichtsvollzieher der DEBEKA terminiert Zwangsvollstreckung wegen Krankenversicherung in nicht nachvollziehbarer Höhe ohne Ankündigung durch DEBEKA
22.März 2017: Verhandlung beim Sozialgericht Düsseldorf, mit oder ohne Anwesenheit des Opfers, gegen eine Versicherung, die nur Einnahmen generieren möchte und sich jetzt mit Zwangsmassnahmen an der finalen Zerschlagung des Opfers beteiligt

Daher Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren mit voller anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung der Beiträge

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich in der Internet-Cloud einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

Es ist unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers, der Sozialethik rücksichtslos dazu missbraucht, um an der Zerschlagung einzelner Versicherungsnehmer teilzunehmen mit dem Ziel, finanzielle Vorteile aus der Zerschlagung zu ziehen, obwohl er seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt.

Es ist unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers, für den Individualethik keinerlei Stellenwert hat. Der Kläger kennt kein moralisches Handeln. Obwohl der Kläger als Beteiligter ausführlich informiert ist, hält er es für angebracht, an den politisch motivierten Zerschlagungen des Betroffenen als Kläger, als Zeuge und als Vollstrecker mitzuwirken, ohne eine einzige Versicherungsleistung zu erbringen. Seit 7 Jahren. Das ist eine Spitzenleistung von unmoralischem Handeln.

Es geht um Versicherungsleistungen an

Angehörige der Kriegsgeneration 1941,

die Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland erbracht haben und Opfer einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung und der bayerischen Staatsregierung geworden sind, an denen der Kläger bis 2010 hervorragend verdient hat und nun mit der finalen Zerschlagung den letzten Schnitt machen will.

Siehe

Zerschlagung 4, Zerschlagung 5 und paralleler Missbrauch von Staatsgewalt.

Zu 35. Fachanwalt für Versicherungsrecht ist überfordert, um Verantwortung für Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen als Kläger, als Zeuge und als Vollstrecker bewerten zu können
Verantwortlich ist der Kläger, der längst mitschuldig geworden ist an den politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung, nicht der Fachanwalt, der den Kläger nicht mehr vertreten kann
Verabscheuenswert und unerträglich: Ein Weiter-so mit Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen

Der Betroffene ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
Beklagt wird die ausufernde Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung
unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2 mit Ausnutzung der Zerschlagung 1) und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger) (Zerschlagung 4)
wegen massiver Verstöße gegen internationale Menschenrechte durch weisungsgebundene, skrupellose Staatsanwaltschaften (psychische Zerschlagung, Zerschlagung 5)
wegen Versagung von jeglichem Gehör zu Rehabilitierung trotz intensiver Bemühungen seit 2003 mit offensichtlicher Erklärungsnot aller Betroffener (Zerschlagung 6)
Extremistische staatliche Übergriffe zur Durchsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen sind ein Frontalangriff auf das Grundgesetz:
„Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber man muss es respektieren“, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Das Grundgesetz soll staatliche Übergriffe verhindern und nicht schützen. Dies gilt insbesondere für extremistische staatliche Übergriffe.

Der Kläger ist nicht nur an Zerschlagung 4 beteiligt, sondern auch an Zerschlagung 5 als Zeuge (siehe Anlage STA-03 sowie Kapitel 30 im Schriftsatz vom 12. März 2017)
sowie als Vollstrecker mit Missbrauch von Staatsgewalt (siehe Anlage OVG-04 im Schriftsatz vom 12. März 2017 und OVG-04a in diesem Schriftsatz)

Es ist verabscheuenswert und unerträglich, soziale Verantwortung vorzuheucheln, aber individuelle Zerschlagung zum eigenen Vorteil zu betreiben

Parallele Zwangsmassnahmen des Klägers hat das Opfer mit Schriftsatz vom 15. April 2017 an den Obergerichtsvollzieher (Vollstreckungsgericht Velbert) zum 2. Mal zurückgewiesen: Siehe Anlage OVG-04a):
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe: Frontalangriff auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte.

Staatshaftung für Forderungen einer Pflichtversicherung, deren Höhe zudem strittig ist, weil sie seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt für Angehörige der Kriegesgeneration 1941 (Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, mit nachgewiesenen, lebenslangen Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland)

Kostenhaftung hat ausschließlich der staatliche Angreifer und nicht das Opfer mißbräuchlicher Staatsgewalt. Widerstand ist Grundrecht: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“ (wiederholter Hinweis an das Vollstreckungsgericht auf Art.20 Abs.4 GG)

Unbestreitbar ist zusätzlicher Anspruch des Opfers auf Schmerzensgeld wegen psychischer Zerschlagung mit tumbem Missbrauch von Staatsgewalt (Schadenersatz für immaterielle Nachteile).

Der Kläger ist als Zeuge beteiligt an Zerschlagung 5 mit **massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte durch weisungsgebundene, skrupellose Staatsanwaltschaften (psychische Zerschlagung, Zerschlagung 5).**

Der Beklagte hat bei der 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal die Fortsetzung der Schadenersatzverfahren unter Beachtung der Verfassungsbeschwerden gemäß Anlage BVG-01 und BVG-02 beantragt. Sieh Anlage LGW-06 im Schreiben vom 12.März 2017

Dementsprechend hat ein Verhandlungstermin derzeit keinen Sinn.

Der Beklagte beantragt zumindest vorläufige Verschiebung des Verhandlungstermins.

Velbert, 26.April 2017



Albin L. Ockl

Anlagen in diesem Schriftsatz

Anlage OVG-04a

Wiederholte Zurückweisung des Missbrauchs von Staatsgewalt in besonders schweren Fällen von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe mit Hinweis auf Staatshaftung und Einspruch vom 10.März 2017 und 15.April 2017 gegen parallele Zwangsmassnahmen des Klägers
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf>

Anlagen im Schriftsatz vom 12.März 2017:

Anlage BVG-01

Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1

(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl.Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert) wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1 mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf, 2 O 70/15 Landgericht Wuppertal Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf>

Verfassungsbeschwerde

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Anlage BVG-02

Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2

(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl.Beweisunterlagen in 2 Ordnern) wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf, 2 O 163/16 Landgericht Wuppertal, Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag, nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz, nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden, vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

Verfassungsbeschwerde

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Ruhestätte seines verstorbenen Bruders > > >

Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

Anlage STA-03

Anhörungsrüge vom 25.Feb.2017 zum Scherbenhaufen rechtsbeugender Justiz

an das Amtsgericht Mettmann wegen Zerschlagung 4 (neu)

und in Kopie an

das Landgericht Wuppertal und Staatsanwaltschaft Wuppertal
(33 OWi-723 Js 331/16-39/16, 39 Seiten)

wegen strafbarer Rechtsbeugung im nachgelieferten Urteil des Hauptverfahrens vom 10.Aug.2016 (Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung infolge staatlich erzwungener Altersarmut)

mit einem diskriminierenden und diffamierenden Sammelsurium von Unwahrheiten und Halbwahrheiten (aus dem Kontext gerissen)

mit Versagung von rechtlichem Gehör zu beantragten Berufungsverfahren und zu sofortigen Beschwerden,

nach Versagung von rechtlichem Gehör zu

unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage infolge politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagungen des Verurteilten,

im Zuge einer gigantischen Umverteilungsoperation nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung und Diffamierung (Zerschlagung 1)

Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders, mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, mit krimineller Rechtsbeugung bayerischer Verwaltungsjustiz vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

nach schikanierenden, rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 am Amtsgericht Mettmann mit eskalierenden Verstößen gegen internationale Menschenrechte (Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltausübung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung) durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

Scroll down after link (page 109)

nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16) vom 14.Feb.2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu psychischer Zerschlagung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

Anlage OVG-04

Zurückgewiesene Zwangsvollstreckungsmassnahme DR II 0239/17 der klagenden DEBEKA aus einem verfassungswidrigen künstlichen Teilversäumnisurteil infolge Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe mit Versagung eines Berufungsantrags und mit Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (1 BvR 928/16)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf>

Anlage DEBEKA-05

Beweis für verlustreichen Rückkauf einer DEBEKA-Lebensversicherung mit der Versicherungssumme von 61.000 EUR in 2008, um monatliche Kosten für soziale Pflichtversicherungen bezahlen zu können. Bereits früher als **Anlage3** zugesandt.

Anlage LGW-06

Antrag an die 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Fortsetzung der Schadenersatzverfahren unter Beachtung der Verfassungsbeschwerden vom 20.Jan.2017 und 18.Feb.2017.

Folgende Anlagen wurden bis dato übergeben:

Anlage1: Dokumentation einer langjährigen Debeka-Mitgliedschaft seit 1968

Anlage2: Weitere Debeka-Versicherungen: Haftpflicht, Hausrat, Lebensversicherung

Anlage3: Verlustreicher Zwangsrückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung

Anlage4: Zurückweisung einer exorbitanten, sittenwidriger Änderung des Krankenversicherungsvertrages wegen der Forderung auf Stundung der Krankenversicherungsbeiträge

Anlage5: Periodische Bußgeldbescheide der Kreisverwaltung Mettmann auf Veranlassung durch die DEBEKA (Kläger) wegen der Forderung auf Stundung der Pflegeversicherungsbeiträge

Anlage6: Klage der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G., vertreten durch RAe Dr.Caspers, Mock & Partner (Kläger), vor dem Amtsgericht Mayen / Landgericht Wuppertal auf Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung eines Mahnbescheides des Amtsgerichtes Mayen wegen Nicht-Anerkennung der vom Beklagten begehrten Stundung der Krankenversicherungsbeiträge und zur Zahlung von involvierten Rechtskosten, in der Internet-Cloud nachlesbar:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-2.pdf>

Anlage7: Bestätigung der laufenden Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13, aktueller Stand der Verfassungsbeschwerde nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Legende.pdf>

Anlage8: Information an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland mit Schriftsatz vom 28.03.2013 über ungeheuerliche, unerträgliche Zustände
Nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Anlage9: Drei Schriftsätze vom 15.01.2013, 12.02.2013 und 11.03.2013 zur laufenden Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13
Nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

Anlage10: Unterlagen zum Bußgeld-Verfahren / Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann (Blatt 1 bis 4)

Anlage11: Unterlagen zum Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal / Oberlandesgericht Düsseldorf (Blatt 1 bis 2)

Anlage12a / 12b: Schreiben als Antwort auf ständige Mahnungen mit Hinweis auf Lebensversicherung, die der Beklagte vorzeitig unter Verlust auflösen musste, um die laufenden Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung weiter bezahlen zu können

Anlage13a / 13b: Briefwechsel anlässlich der Einleitung eines bis heute andauernden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann durch den Kläger

Anlage 14: Schriftliche Fixierung des Antrags auf Stundung der Versicherungsbeiträge mit Fax vom 28.09.2011

Anlage 15: Presseinformation zu

Von Ground Zero zu Ground Zero:

Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal in Deutschland.

Rechtstaatliche Verfahren mit Rechtsprechung nach Gesetz und Recht, höchstrichterliche Entscheidungen **bis heute verweigert.**

Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können.

Nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1308.pdf>

Anlage16: Freispruch des Amtsgerichtes Mettmann vom 17.07.2013 zum Bußgeldverfahren und Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Nichtzahlung der Beiträge zur privaten Pflegeversicherung mit Zeugenunterstützung durch den Kläger

Anlage17: Mitteilung des Amtsgerichtes Mettmann vom 20.03.2014, dass der Zulassungsantrag der Rechtsbeschwerde von der Staatsanwaltschaft zurückgenommen wurde

Anlage18: Schreiben der Rechtsanwälte des Klägers vom 15.10.2013 an das Sozialgericht Düsseldorf mit der Spitzenleistung von 2 diskriminierenden Statements in einem 3-Zeiler

Anlage19: Informationen im Schriftsatz vom 12.05.2014 über verwaltungsgerichtliche Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen

Anlage 20: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)

mit Beiladung von Kläger und Beklagten weiterer beteiligter Gerichtsverfahren

Legende des sozialgerichtlichen Verfahrens wegen beantragter Stundung
der Pflegeversicherungsbeiträge bis zur Verrechnung mit dem Rechtsanspruch
auf Schadenersatz und Rehabilitation wegen verheerender Folgewirkungen der
UMTS-Auktion2000 und totaler Anschlussdiskriminierung

**Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der
DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf
vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)**

Zu 01. *Innovation durch Telekommunikation*

Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 – 2003 sind
Beweis für erbrachte Welt-Höchstleistungen

02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-

Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen

03. "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist
Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" (Art 1 Abs.(1) GG)

Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland:

Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen. Bis
heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung.

Bundesrepublik Deutschland: Liquidierung der UMTS-Opfer durch
Zwangsmaßnahmen aussitzen

04. Notsituation des Klägers trotz langjähriger Mitgliedschaft über mehr als 45
Jahre gnadenlos ausgenutzt

05. Unerträglich für Opfer der UMTS-Auktion:

Von einem Kläger mit Geld-Hai-Manieren wie "eine Sau durchs Dorf getrieben"
mit ständig neuen Horror-Versicherungen, Bußgeldverfahren, Mahnbescheiden
und neuen Gerichtsaktionen

06. Exzessive Spitzenleistungen des klagenden Versicherungsunternehmens
gegen langjährige Versicherungsnehmer: Bußgeldbescheide,
Ordnungswidrigkeitsverfahren, Diffamierung als "UMTS-Geschichte", Geld-Hai-
Strategien anstatt Versicherungsleistungen, von Mahnbescheiden zu Prozessen
bei Landgericht und Sozialgericht

07. Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der
eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden
Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler
Diskriminierung

08. Begründung des Klägers im Widerspruch zur praktischen Anwendung seit
mehreren Jahren:

Versicherungsbeziehungen sind längst zerstört. Begründung und Verhalten des
Klägers sind absurd, widersinnig und absolut verabscheuungswürdig.

09. Beklagter stellt folgende Anträge

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 22.03.2013 mit Schriftsatz vom 08.04.2013

10. Rechtsstaatlichkeit einer Gerichtsentscheidung gemäß § 105

Sozialgerichtsgesetz: Wie denn?

11. Geschädigte / Beklagte aus der Kriegsgeneration des Jahrgangs 1941, die mit ihrem Lebenswerk Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland abgeliefert haben, werden nur problemlösende Rechtsstaatlichkeit nach Art.20 Abs.3 GG anerkennen

12. Deutscher Staat hat Verantwortung für gravierenden Missbrauch des Regulierungsrechtes

Bundesverfassungsgericht hat volle Verantwortung für Justizirrtum

13. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland informiert mit Schriftsatz vom 28.03.2013 über ungeheuerliche, unerträgliche Zustände

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.04.2013 mit Schriftsatz vom 21.05.2013

14. Unerträgliche Anhörungsresistenz des Klägers:

Zwei Sätze des Klägers in doppelter Ausfertigung zu einem Scherbenhaufen von Pflegeversicherung und Krankenversicherung

15. Kläger verstößt mindestens im vorliegenden Fall der Pflegeversicherung gegen das Grundgesetz:

Treib- und Hetzjagd mit 3 Klageverfahren gegen den Versicherungsnehmer wegen eines vom Beklagten nicht verschuldeten Tatbestandes

16. Beklagter wird mit drei Gerichtsverfahren schikaniert, erhält bis heute keine Prozesskostenhilfe, hat Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit:

Welches Gericht ist denn nun zuständig?

17. Anstatt Verstoß gegen Rechtsstaatlichkeit und gegen Grundgesetz:

Sozialgericht als Mediator für eine richtungsweisende, rechtsstaatliche Lösung?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Klägers vom 18.06.2013 (eingegangen am 22.06.2013) mit Schriftsatz vom 05.07.2013

18. Kläger hat eine 7 Zeilen umfassende Positionierung abgegeben:

Unerträgliche Ignoranz zur Notsituation des Beklagten, der vom Kläger einfach nur im Stich gelassen wurde, keinerlei Beratung erhalten hat, statt dessen stets nur Zahlungsaufforderungen erhalten hat

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.07.2013 (eingegangen am 01.08.2013) mit Schriftsatz vom 20.08.2013

19. Warum hat das "Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung" (in Kraft seit 01.08.2013) für die Beklagte keinerlei Relevanz?

20. Warum ist auch ein Notlagentarif keine Lösung?

Weil den Beklagten die Zahlungsfähigkeit für den Notlagentarif weggenommen wurde

21. Staatshaftung in einem Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal:

Schadenersatz und Rehabilitation sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können

22. Ruhen des Verfahrens, Aussetzen des Verfahrens oder Stundung der Beiträge?

Bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 04.04.2014 (eingegangen am 11.04.2014) mit Schriftsatz vom 22.04.2014

23. Nullwertige und substanzlose Qualität der schriftlichen Einlassungen des Klägers:

Pure Ignoranz und Desinteresse nicht mehr zumutbar für den Beklagten

24. Kläger: „Die Sache ist aus unserer Sicht ausgeschrieben“

Beklagter:

Wahrheit mit Zulassung von Beweisen und Zeugen endlich auf den Tisch

Existenz-Grundlage mit Staatsgewalt zerstört, Altersrücklage vernichtet,

Unerträglich: Perspektive auf Liquidierung mit Zwangsabgaben

25. Nicht mehr hinnehmbar: Bewusste Rechtsanwendung ohne Berücksichtigung verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenso wie

ständiges Desinteresse, Diskriminierung und Diffamierung wegen

verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Unverzichtbar: Rechtsstaatliches Verfahren für Rehabilitierung und

Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-

Auktion 2000 und anschließender Diskriminierung und Diffamierung unter

Verantwortung des deutschen Staates

Gericht kann umfangreiches Beweismaterial einsehen

26. Unerträglich: Weitere Diskriminierung und Diffamierung der Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000

O-Ton des Klägers: „Nicht-Leistung nur mit seiner Opferrolle begründet“

Nur „Opferrolle“: Existenz-Grundlage zerstört, Lebensleistung und Lebenswerk

mit Weltklasse-Höchstleistungen zerstört, diskriminiert und diffamiert,

Altersrücklagen vernichtet

27. Zurückweisung aller Klageforderungen

Kläger hat alleinige Verantwortung für Kosten des Rechtsstreits

Ruhen des Verfahrens bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen

Gerichtsverfahrens über Rehabilitierung und Schadenersatz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

Schriftsatz vom 12.05.2014: Information über verwaltungsgerichtliche Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen

28. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Bürger mit verminderten Rechten deklassiert

Fortsetzung der Diskriminierung und Diffamierung an Verwaltungsgerichten in NRW (14 A 786/14 VG Düsseldorf 5 K 4864/13)

Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen

29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am

Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:

Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz

wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und

anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel

(Beklagte)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Schriftsatz vom 12.März 2017 mit Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen zu Schadenersatz und Rehabilitierung

30. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Stand März 2017: Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff gegen deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld, für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut, für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtsschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

31. Wie in einer Bananenrepublik: Scherbenhaufen einer rechtsbeugenden, Menschenrechte verachtenden Justiz am Amtsgericht Mettmann nach rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing)

Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.

Rechtsbeugung mit Unterdrückung beantragter Rechtsmittel: Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung ohne Zulassung eines beantragten Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung der Rechtsbeugung

Skrupellose Staatsanwatschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen

„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenannten Rechtsstaat:
Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.

Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsoientierten Mittelstand unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung

Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):

Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe, mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt, mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates

Daher:

Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der klagenden DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen zu Schadenersatz und Rehabilitierung wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut

33. Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010

2008: Verlustreicher Rückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung (Versicherungssumme 61.000 EUR), um monatliche Beiträge der Pflichtversicherungen weiter bezahlen zu können (Anlage DEBEKA-05)

1968-2010: Premium-Krankenversicherung bei DEBEKA mit stattlichen Einzahlungsraten des Opfers bis 2010

Zerschlagung ist Zielsetzung, um neue Einnahmen generieren zu können.

Daher:

Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe Seit 2011: Rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit Versagung von rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut (Mitwirkung der DEBEKA als Zeuge)

17.Juni 2014: Eskalation der OWi-Verfahren zu Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941,

Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten

29.Dez.2016: Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert rechtsbeugendes Urteil, um dafür Rechtskraft zu definieren

02.März 2017: Obergerichtsvollzieher der DEBEKA terminiert Zwangsvollstreckung wegen Krankenversicherung in nicht nachvollziehbarer Höhe ohne Ankündigung durch DEBEKA

22.März 2017: Verhandlung beim Sozialgericht Düsseldorf, mit oder ohne Anwesenheit des Opfers, gegen eine Versicherung, die nur Einnahmen generieren möchte und sich jetzt mit Zwangsmassnahmen an der finalen Zerschlagung des Opfers beteiligt

Daher Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren mit voller anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und

mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung der Beiträge

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)

34. Unerträgliche Heuchelei des längst mitschuldigen Klägers, mitschuldigen Mittäters an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung: Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 und paralleler Missbrauch von Staatsgewalt

Unerhört: Sechszweiler des Klägers und Mittäters als
Antwort auf qualifizierten Vortrag des Klägers mit 139 Seiten und
Nicht nachvollziehbare, diskriminierende Behauptung von fehlendem
Sachvortrag

Unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers

35. Fachanwalt für Versicherungsrecht ist überfordert, um Verantwortung für
Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen als Kläger, als Zeuge und als
Vollstrecker bewerten zu können

Verantwortlich ist der Kläger, der längst mitschuldig geworden ist an den politisch
motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zur Sippenzerschlagung, nicht der Fachanwalt, der den Kläger nicht mehr
vertreten kann

Verabscheuenswert und unerträglich: Ein Weiter-so mit Nicht-Sehen, Nicht-
Hören, Nicht-Wissen

> > > Siehe oben

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>

Scroll down after link (page 25)